



Niederschrift
Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Strasburg
(Um.) vom 18.03.2010

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Die Präsidentin der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnete die Stadtvertreterversammlung und stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreter/innen fest. Von den geladenen 17 Stadtvertretern/innen sind 16 anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Stadtpräsidentin übermittelte Herrn Holger Wulff zum Geburtstag herzliche Glückwünsche und überreichte einen Blumenstrauß.

Mit der Einladung sind allen Stadtvertretern/innen die Tagesordnung und die dazu gehörigen Unterlagen übergeben worden.

Die Präsidentin beantragte, folgende zusätzliche Punkte in die Tagesordnung mit aufzunehmen:

1. Einen Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport zur Errichtung einer Planstelle ab 01.07.2010 für die Stadtbibliothek
2. Die Beschlussvorlage 0007-Bgm-2010 „Resolution der Stadtvertretung Strasburg (Um.) zur finanziellen Ausstattung der Kommunen

Der Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport und die Beschlussvorlage 0007-Bgm-2010 wurden einstimmig die Tagesordnung aufgenommen. Beide Punkte werden unter TOP 6 „Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010“ mit behandelt.

Die Stadtvertretung bestätigte die Tagesordnung mit den oben genannten Ergänzungen.

zu 2 Billigung der Niederschrift der 17.12.2009

Zur o.g. Niederschrift sind der Verwaltung keine Änderungen bzw. Ergänzungen eingegangen. Die Sitzungsniederschrift wurde einstimmig bestätigt und dient weiterhin als Arbeitsgrundlage.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse auf der Sitzung am 17.12.2009

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 17.12.2009 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- zwei Stundungsanträge für Gewerbesteuern aus dem Jahre 2007
- zwei Grundstücksverkäufe der Gemarkung Strasburg (Um.)
- ein Grundstücksverkauf im Sanierungsgebiet
- ein Grundstücksverkauf der Gemarkung Neuensund
- drei unbefristete Niederschlagungen der Grundsteuern und Gebühren für den Wasser- und Bodenverband sowie ein
- Erlass der Grundsteuern aus den Jahren 2000 und 2003

zu 4 Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informierte über die Arbeit der Verwaltung und über Mitteilungen der Rechtsaufsichtsbehörde (lt. Anlage).

zu 5 Einwohnerfragestunde

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt informierte die Stadtpräsidentin die Anwesenden und Gäste über den Inhalt der Hauptsatzung der Stadt Strasburg (Um.).

In der Hauptsatzung der Stadt Strasburg, gemäß Änderungssatzung vom 07.05.2009, ist im Paragraph 2 „Rechte der Einwohner“ im Absatz 3 geregelt:

„Die Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, erhalten die Möglichkeit, den Bericht des Bürgermeisters anzuhören und in einer anschließenden Fragestunde Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten.

Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf die Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit von bis zu 60 Minuten vorgesehen.

Diese Festlegung in der Hauptsatzung der Stadt Strasburg fundiert auf dem Paragraph 17 der Gemeindeordnung, wo unter Fragestunde, Anhörung im Paragraph 1 bis 2 diese Regelung dargestellt und im Paragraph 3 erläutert wird, dass dies in der Hauptsatzung der jeweiligen Gemeinde näher geregelt wird. Im Paragraph 2, Absatz 4 der Hauptsatzung ist weiterhin geregelt, dass eine schriftliche Beantwortung von mündlich gestellten Fragen nur dann erfolgt, wenn die Beantwortung während der Sitzung nicht möglich ist.

Die schriftliche Beantwortung ist dem Fragesteller innerhalb von 10 Tagen zuzustellen. Ist das nicht möglich, sind die Gründe dafür dem Fragesteller mit einem neuen Termin für die Beantwortung schriftlich mitzuteilen.

In der Kommentierung dieser Festlegung in der Gemeindeordnung heißt es:

„Die Auskünfte müssen datenschutzrechtliche Erfordernisse beachten. Frage-, Vorschlags- und Anregungsrecht stehen nur den Einwohnern über 14 Jahre zu. Diese Rechte schließen das Recht ein, Fragen, Vorschläge und Anregungen ungestört zu äußern. Ortsfremde haben grundsätzlich in der Gemeindevertretung keines dieser Rechte zu erhalten.“ Deshalb nennen Sie, wenn Sie eine Frage stellen wollen, einen Vorschlag unterbreiten oder eine Anregung geben wollen, deutlich Ihren Namen und Ihre jetzige Wohnanschrift.

Die Präsidentin fragte an, wer von den Einwohnern/innen an die Stadtvertreter/innen oder den Bürgermeister Anfragen hat.

1.Anfrage der Einwohnerin Frau Roswitha Müller, wohnhaft Walkmühler Weg 37, 17335 Strasburg:

Gibt es von der Stadt Strasburg (Um.) schon eine Entscheidung zur Betreibung des Familienzentrums in Strasburg. Es hatten sich 2 Bewerber zur Betreibung des Familienzentrums beworben, jetzt ist auch die AWO im Gespräch.

Antwort des Bürgermeisters:

Die Anträge zur Betreibung eines Familienzentrums von der Volkssolidarität KV Uecker-Randow und der Kirchengemeinde Strasburg waren Beratungsgegenstände in den Ausschüssen der Stadtvertretung. Beide Betreiber stellten Anträge zur finanziellen

Unterstützung der Stadt Strasburg (Um.). Im Ergebnis der Beratung der Fachausschüsse sowie des Hauptausschusses der Stadt Strasburg (Um.) wurde durch die Fraktionen der Standpunkt vertreten, dass keine Beschlussfassung zur Errichtung und Betreuung eines Familienzentrums in der Stadt Strasburg (Um.) erfolgt.

Die Antragsteller werden aufgefordert, entsprechend ihrer Konzepte mit der Betreuung eines Familienzentrums in Strasburg zu beginnen. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln kann aufgrund der gegenwärtig finanziellen Situation ausgeschlossen werden.

Der Stadtvertreter Herr Gerd-H. Keunecke, CDU-Fraktion bemerkte noch dazu, dass der Hauptausschuss beschlossen hat, dass jeder Träger die Möglichkeit hat mit eigenen Kosten ein Familienzentrum zu betreiben. Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Strasburg (Um.) ist leider nicht möglich.

2. Der Stadtvertreter Herr Roland Brauchler, Fraktion DIE LINKE., informierte darüber, dass die Förderschulen zukünftig mit in die Grund- und Regionalen Schulen integriert werden sollen. Wie soll das in Strasburg gehandhabt werden. Er ist der Meinung, dass die Lehrer in den unteren Klassen damit überfordert sind.

Antwort des Bürgermeisters:

Lehrer sind Landesbedienstete. Das Land müsste für die entsprechende Ausbildung sorgen.

3. Der Stadtvertreter Herr Roland Brauchler, Fraktion DIE LINKE., fragte an, wie die Umsetzung der „Entgeltordnung über die Benutzung der Sportstätten und des Kulturhauses für den Trainings- und Punktspielbetrieb/Pokalspiele durch Sportvereine der Stadt Strasburg (Um.) „realisiert wird.
Gibt es in der Stadtverwaltung Statistiken zu den Mitgliederzahlen der Sportvereine?

Antwort des Bürgermeisters:

Die Mitgliederzahlen werden von der Verwaltung abgefragt. Auf der Grundlage der von den Vereinen gelieferten Mitgliederstatistiken erfolgt die Berechnung der Gebühren auf der Grundlage der Entgeltordnung über die Benutzung der Sportstätten.

Weitere Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde gab es nicht.

zu 6

Beratung und Beschlussfassung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010

Vorlage: 0026-Käm-2010

1. Zur Begründung des Haushaltsplanes/der Haushaltssatzung erhielt der Bürgermeister Herr Norbert Raulin das Wort. Herr Raulin informierte noch einmal über die Finanzsituation 2010 in der Stadt Strasburg, die in diesem Jahr eine Reduzierung von ca.50 % der freiwilligen Aufgaben bedeuten.
In den Beratungen der Fachausschüsse und der Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld der heutigen Stadtvertreter Sitzung wurden Möglichkeiten der Aufrechterhaltung der bisher beschlossenen Öffnungszeiten in den Einrichtungen der Stadt Strasburg (Um.) vorgestellt. Die Realisierung dieser Aufgabenstellung muss im Weiteren in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen erfolgen
2. Den Stadtvertretern/innen lag zur Haushaltsdiskussion ein Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vor (siehe Anlage).
Der Ausschuss beantragt, ab 01.07.2010 erneut die Stadtbibliothek mit einer Fachkraft

zu besetzen und diese Planstelle in den Haushalt einzustellen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Gudrun Riedel, CDU-Fraktion, begründete den Antrag des Ausschusses und betonte ausdrücklich, dass die Fachlichkeit in der Stadtbibliothek gegeben sein müsste. Im Augenblick ist eine gute Fachkraft in der Bibliothek beschäftigt, die unbedingt erhalten bleiben müsste. Die Stadtbibliothek ist auch für die sozialschwachen Familien zugänglich und wird gut angenommen.

Vielleicht könnte man auch über die Zusammenlegung der Bibliothek und des Museums in einem Gebäude nachdenken und dafür eine Fachkraft einzusetzen.

Es geht hier um Sparmöglichkeiten im Haushalt der Stadt, evtl. könnte eine Kommission eingesetzt werden, um weitere Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen.

3. Der Bürgermeister Herr Norbert Raulin betonte, dass Sparmöglichkeiten für alle Einrichtungen der Stadt Strasburg (Um.) gefunden werden müssen.
Es ist vorgesehen, die Verwaltungskraft aus dem Museum in die Stadtbibliothek umzusetzen, die sich ausschließlich mit der Verwaltungsarbeit beschäftigt. Für die zusätzlichen Arbeiten, die außerhalb der Verwaltungsarbeiten in der Bibliothek anfallen wäre es denkbar, ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen und einzusetzen. Die Organisation von Buchlesungen oder Autorenbegegnungen etc. können, wie in anderen Bibliotheken auch, über das Ehrenamt organisiert werden.
4. Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, glaubt nicht daran, die Betreuung der Stadtbibliothek über einen Verein zu regeln. Evtl. Sollte man darüber nachdenken, eine Benutzergebühr einzuführen. Sie spricht sich für den Erhalt der Stadtbibliothek aus, aber die Führung durch ein Ehrenamt wird sehr schwierig.
5. Der Stadtvertreter Herr Gerd-H. Keunecke, CDU-Fraktion, spricht sich positiv über die zur Zeit geleistete Arbeit und die Einrichtung in der Stadtbibliothek aus.
Vor 4 Jahren wurde das Problem umfangreich diskutiert, die Stadtbibliothek sollte in die Regionale Schule umziehen. Es kam zu der Entscheidung, dass die Bibliothek an dem jetzigen Standort erhalten bleibt. Die Stadt hätte in den vergangenen 4 Jahren 6,5 T€ durch den Umzug einsparen können.
Die Personalstelle für die Stadtbibliothek von 0,5 VEB erhielt bereits im Haushaltsjahr 2009 mit einem Kw-Vermerk. Es wurde 2009 beschlossen, diese Personalstelle nicht mehr zu besetzen. Über die Übernahme der Bibliothek durch einen Verein, wurde auch schon desöfteren diskutiert, bisher erfolglos.
Es wird sehr schwierig werden, die 285 T€ im Minus in den nächsten Jahren einzusparen. Es sollte aber auf alle Fälle eine Lösung betreffs Unterbringung und Betreuung der Stadtbibliothek herbeigeführt werden.
6. Der Stadtvertreter Herr Roland Brauchler, Fraktion DIE LINKE., hatte an einer Veranstaltung in Torgelow am 17.03.2010 „Lernen vor Ort“ teilgenommen. In dieser Veranstaltung wurden die Bibliotheken als ganz wichtige Bildungseinrichtungen dargestellt. Die Finanzen der Kommunen werden immer geringer, weil die Zuschüsse geringer werden. Der Haushalt zwingt uns, Streichungen vorzunehmen. Die Personalstelle mit 0,5 VEB für die Bibliothek sollte jedoch ab 01.07.2010 wieder in den Haushalt eingestellt werden.
Wenn solche wichtigen Stellen gestrichen werden, dann wird es in Strasburg bald keine Bildungseinrichtungen mehr geben. Die Prüfung der Fusion der Stadt Strasburg (Um.) mit der Stadt Pasewalk und dem Amt Uecker-Randow-Tal wäre ein richtiger Schritt zur Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt Strasburg (Um.).
7. Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Bürgerbündnis, ging aus von der Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden am 22.02.2010. Hier wurden Lösungsvorschläge mit den Sparmaßnahmen von der Verwaltung aufgezeigt. Zu diesem Zeitpunkt war ihr noch nicht bewusst, dass die Stelle in der Bibliothek wegfallen soll. Als Stadtvertreterin wird sie sich für die Bürger der Stadt einsetzen. Es sollte hier nach Lösungswegen gesucht

werden. Veränderungen zum Haushaltssicherungskonzept sollten schon möglich sein.

8. Der Stadtvertreter Herr Matthias Huth, CDU-Fraktion, ging noch einmal auf die schwierige Haushaltslage der Stadt Strasburg 2010 ein. Vor 4 Jahren wurde nach Lösungswegen für die Bibliothek gesucht und die Personalstelle sollte damals schon nicht mehr besetzt werden. Welche Alternativen bleiben, um Einsparungen im Haushalt vorzunehmen? Die Kosten für die städtischen Einrichtungen (Bibliothek, Museum, Kulturhaus, Max-Schmeling-Halle) müssen minimiert werden.
9. Der Stadtvertreter Herr Heinz Anders, Fraktion DIE LINKE., betonte, dass die Stadtvertreter der Stadt die Interessen der Bürger vertreten müssen. Die Beschlüsse der Stadt sollten im Sinne der Einwohner sein. Nach gemeinsamen Lösungswegen ist zu suchen. Eine Zusammenlegung mit anderen Verwaltungen wäre von Nutzen, um die Stadt aus der jetzigen finanziellen Lage herauszubringen. Es wäre auch von Vorteil, mehr Kulturveranstaltungen nach Strasburg zu holen, dadurch könnten auch die Einrichtungen mehr ausgelastet werden. Alle Möglichkeiten sollten effektiv genutzt werden.
10. Die Stadtvertreterin Frau Karla Müller, SPD-Fraktion, liegt die Bibliothek sehr am Herzen, aber der vorliegende Haushalt zeigt Grenzen auf.
11. Der Stadtvertreter Herr Thomas Telzerow, SPD-Fraktion, schätzte noch einmal die finanzielle Situation der Stadt ein und bemerkte, dass die Stadt keinen finanziellen Spielraum hat, deshalb Einsparungen im Haushalt notwendig sind. Herr Telzerow ist auch für die Besetzung der Bibliothek mit einer Fachkraft, aber wenn kein Geld da ist, müssen Einschnitte gemacht werden. Mit einer Einführung von Benutzergebühren in der Bibliothek werden die Bürger nicht begeistert sein.
12. Der Bürgermeister Herr Norbert Raulin erklärte noch einmal ausdrücklich, dass die Stadt keine Einrichtungen schließen möchte. In den Vorjahren konnte die Stadt immer wieder Geld für die Einrichtungen zur Verfügung stellen. Jetzt ist die Stadtkasse leer, es muss nach Lösungswegen gesucht werden. Es muss weiter am Haushaltssicherungskonzept gearbeitet werden, welches aus 17 Punkten besteht.
13. Der Stadtvertreter Herr Heinz Anders, Fraktion DIE LINKE., findet die Diskussion zu den Einsparmöglichkeiten, die von der Verwaltung vorgeschlagen wurden, gut. Allerdings ist der Vorschlag der Interessengemeinschaft Schöneres Strasburg zur Zusammenlegung von Ausschusssitzungen nicht passend und auch nicht zu verwirklichen.
14. Der Stadtvertreter Herr Kai Finsterbuch, Bürgerbündnis, hätte begrüßt, wenn alle Stadtvertreter im Vorfeld zu den Ausschusssitzungen den gesamten Haushaltsplanentwurf mit Stellenplan zur Verfügung hätten. Das fertige Entwurf sollte künftig in den Ausschusssitzungen beraten werden.
15. Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, CDU-Fraktion, erkundigte noch einmal nach dem Werdegang, wenn der Antrag des Ausschusses zurückgezogen wird.
16. Der Bürgermeister Herr Norbert Raulin erklärte, dass sich die Ausschüsse damit nochmals beschäftigten könnten. Die Punkte im Haushaltssicherungskonzept sind jederzeit durch die Stadtvertretung zu ändern.
17. Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, CDU-Fraktion, nahm den Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales über die Besetzung einer Fachkraft in der Stadtbibliothek ab 01.07.2010 zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.
Die Stadtpräsidentin rief den Beschluss zur Abstimmung zum Haushaltsplan/
Haushaltssatzung der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010 auf.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	2

Anschließend berieten die Stadtvertreter/innen über die nachfolgende Beschlussvorlage:

**Beschlussvorlage 0007-Bgm-2010
Resolution der Stadtvertretung Strasburg (Um.) zur finanziellen Ausstattung
der Kommunen**

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg(Um.) beschließt die nachfolgende „Resolution zur finanziellen Ausstattung der Kommunen“ an das Bundeskanzleramt, den Bundestag, die Landesregierung und den Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu senden.

Abstimmung:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 7

**Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Strasburg (Um.)
Vorlage: 0027-Käm-2010**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläuterte der Bürgermeister Herr Norbert Raulin die Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2010 bis 2016 (die 17 Punkte).
Diese könnten in den Ausschüssen künftig beraten werden.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Strasburg (Um.) für den Planungszeitraum 2010 bis 2016.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	3
Stimmenenthaltungen:	0

- zu 8 Übernahme der Außendienstaufgaben der Vollstreckung des Landkreises Uecker-Randow durch die Stadt Strasburg (Um.)
Vorlage: 0023-Käm-2010

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt die Übernahme der Außendienstaufgaben der Vollstreckung des Landkreises Uecker-Randow.
2. Der Bürgermeister der Stadt Strasburg (Um.) wird berechtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag zu unterzeichnen.
3. Der Vertrag tritt rückwirkend zum 01.01.2010 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

- zu 9 3. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Strasburg (Um.)
Vorlage: 0016-Bau-2010

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt nachstehende 3. Satzungsänderung zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Strasburg (Um.).
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzungsänderung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	15
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	0

- zu 10 Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und des Bürgermeisters

Der Stadtvertreter Herr Gerd-H. Keunecke, CDU-Fraktion, fragte an, ob die Stadtverwaltung veranlassen könnte, die Verbrennzeiten in den Gartenanlagen um 10 Tage in der Stadt Strasburg (Um.) zu verlängern.

Der Bau- und Ordnungsamtsleiter Herr Heinz Hoffmann sicherte eine Klärung zu.

Rosemarie Henke

Rosemarie Henke
Stadtpräsidentin